

Abrechnung kann aufgeschoben werden, aber, ob die Periode kurz oder lang ist, sie kann nicht endlos fort-dauern, wenn es überhaupt einen erfolgreichen Repara-tionsplan geben soll.

Aftonbladet interviewt Großadmiral von Tirpitz.

Stockholm, 8. November. In einer Unterredung, die der Großadmiral von Tirpitz dem Aftonbladet gewährte, versicherte er, daß die deutsche Flotte im Oktober 1918 gute Aussichten für einen entscheidenden Kampf gegen die englische Flotte gehabt habe, nachdem die Unterseeboote in die deutschen Häfen zurückgekehrt waren und zusammen mit der Hochseeflotte eingesetzt werden konnten. Nach dem Plan Admirals Hipper sollte die deutsche Hochseeflotte in den Kanal auslaufen und die Ver-bindung zwischen England und Frankreich unterbrechen. Bei dem darauf zu erwartenden Angriff der englischen Flotte sollten zunächst die deutschen Unterseeboote voll eingesetzt werden, dem Gegner großen Schaden zufügen, um dann der Hochseeflotte die Bolidung des Zerstörungswerkes zu überlassen. Die Revolution habe den Sieg verhindert. Ueber den englischen Plan An-fang des Jahres 1915, die dänische Meerenge zu erzwingen und die Flotte in die Ostsee zu entsenden äußerte der Großadmiral, daß zwar mit dem Eindringen der Engländer in die Ostsee nicht aber mit der Rückkehr der englischen Flotte gerechnet werden konnte.

Die Sowjetunion rüstet!

Aus Moskau wird gemeldet, daß auf dem Moskauer Flug-platz 30 Flugzeuge der Roten Armee übergeben worden sind. Die Sowjetregierung beabsichtigt, im Jahre 1928 weitere 200 Flug-zeuge zu bauen, die teilweise der Roten Armee eingegliedert werden.

Schwere Kämpfe zwischen Nordtruppen und Nationalisten in China.

Die nationalen Truppen werden nach Meldungen aus Schang-hai sowohl am großen Kanal wie in den Abschnitten Putau und Tientsin von den Nordtruppen schwer bedrängt. In der Nähe von Tsingkiangpo am großen Kanal und in der Nähe der Eisen-bahnlinie sind schwere Kämpfe im Gange. Von Kanting aus bewegen sich lange Kolonnen von Artillerie nach dem Kampf-platz. In Schanghai wurden fünf Wehrtruppen verhaftet, da sie ein Bombenattentat auf das Sowjetgebäude planten. In dem chinesischen Viertel ist aus Furcht vor kommunistischen Unruhen das Kriegsrecht erklärt worden.

Einigung im tschechischen Eisenbahnerstreik.

Prag, 9. November. Heute wurde die Nachricht verbreitet, daß zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsabgeordneten der Eisenbahnerverbände eine grundsätzliche Einigung erzielt worden sei.

Genfer Handelsabkommen unterzeichnet.

Schluß der Handelskonferenz.

Dienstag hielt die Diplomatisehe Handelskonferenz ihre letzte Sitzung ab und wurde dann geschlossen. In dieser Sitzung fand die Unterzeichnung des geschlossenen Abkommens statt. Es unterzeichneten allerdings nur 18 Staaten, obwohl 35 vertreten waren. Ihre Unter-schrift leisteten Deutschland, Österreich, Belgien, Großbritannien, Bulgarien, Dänemark, Ägypten, Finn-land, Frankreich, Ungarn, Italien, Japan, Luxemburg, Holland, Rumänien, Siam, die Schweiz und die Tschecho-slowakei. Die übrigen 17 unterzeichneten nicht. Von den 55 Völkerrundstaaten waren 32 (dazu drei Nichtmitgliedern) vertreten und 17 (dazu das Nichtmitglied Ägypten) haben unterschrieben. 15 anwesende Völkerrundmitgliedern unter-schrieben nicht und 23 Völkerrundstaaten waren nicht er-schienen. Rußland hatte das Erscheinen abgelehnt, Spanien war nicht anwesend, Jugoslawien und Polen unter-schrieben nicht. Mehrere außereuropäische Rohstoffprodu-zenten fehlten oder unterschrieben nicht, wie Australien und Chile.

Mit dem Abkommen sollen die Anregungen der Welt-wirtschaftskonferenz ihrer Verwirklichung nähergeführt werden. Die Unterzeichnung stellt den gemeinsamen Willen einer großen Anzahl von Staaten zur gemeinsamen Regelung von Fragen des internationalen Handels dar. Von deutscher Seite wird der Ausgang der Konferenz als ein Erfolg bezeichnet.

Die Kraftfahrzeugsteuer.

Verabschiedung des Gesetzesentwurfes durch das Reichskabinett.

Das Reichskabinett hat gestern unter dem Vorsitz des Reichs-kanzlers den Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes verabschiedet. Der Entwurf sieht von der Einführung einer Betriebs-stoff-, Reifen- oder Kilometersteuer ab und schlägt Festhaltung am Verkaufssteuerzystem vor. Kraftträger und Personenkraftwagen sollen in Zukunft nicht mehr nach Steuerpferdebefähigung, sondern nach dem Hubraum besteuert werden, und zwar sollen in An-rechnung an die geltenden Steuerfüße für je 100 Kubikzentimeter Hubraum bei Rädern 8 Mark, bei Personenkraftwagen 12 Mark er-hoben werden. Die geltenden hohen Steuerfüße für stärkere Personenkraftwagen sollen durch Fortfall der geometrischen Staffe-lung des Steuertarifes gemildert werden. Für Kraftomnibusse, Lastkraftwagen und Zugmaschinen bleiben Steuermahstab und Steuertarif unverändert. Die Erhebung landesrechtlicher Ab-gaben von Kraftfahrzeugen, sei es in Form von Beiträgen für außergewöhnliche Wegeabnutzung (Vorausleistungen), sei es in Form von Wege- oder Brühlengeldern, soll weiterhin unzulässig sein.

Zur Abgeltung dieser Abgaben und im Hinblick auf die er-heblichen finanziellen Erfordernisse der Wegeunterhaltung soll der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1928 in der gleichen Höhe wie bisher, nämlich 25 v. H., festgelegt werden. Erleichterungen sollen geschaffen werden durch Ver-billigung der kurzfristigen Steuerarten, Einführung viertel-jährlicher Teilzahlungen und Erweiterung der Erstattungs-vorschriften.

Das Steuerverkommen, das für das Rechnungsjahr 1927 auf 150 Millionen Mark angenommen wird, wird für 1928 nach den Vorschlägen des Gesetzesentwurfes auf 160 Millionen Mark geschätzt. Die Neuregelung soll am 1. April 1928 in Kraft treten. Bis dahin soll die jetzige Vorschrift weiter gelten.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Reparationen und Einheitsstaatsidee.

Im Bayerischen Landtag kam es bei der Beratung des Finanzetat's zu einer Aussprache über den Schritt des Reparationsagenten Parker Gilbert. Abg. Pr o b s t (Bayer. Wp.) erklärte, die Deutschrift des Reparations-agenten beschäftige sich auch mit dem Finanzausgleich, komme aber den Länderinteressen in keiner Weise entgegen. Der Reparationsagent scheine der Auffassung zu-zuneigen, daß die Länder verschwinden müßten. Die Alliierten würden sich aber täuschen, wenn sie glaubten, daß ein Einheitsstaat die Reparationslasten leichter tragen werde als der jetzige Staat. Sehr bedauerlich sei es, wenn auch gewisse Kreise glaubten, mit dem Einheits-staat große Summen zur Erfüllung der Reparationslasten einsparen zu können. Die Befürchtung sei leider be-gründet, daß der Reparationsagent einer Aenderung des Finanzausgleiches im Sinne der Bayerischen Volkspartei ablehnend gegenüberstehe.

Politische Prügelei im Wormser Stadtparlament.

Die Wormser Stadtverordnetenversammlung verhan-delte über die Benennung einer Anlage mit dem Namen „Hindenburg-Anlage“. Dabei kam es zu heftigen Szenen und Tätlichkeiten. Der nationalsozialistische Stadtverordnete Klaus Selzner wandte sich dagegen, daß man auch eine Straße nach dem Reichspräsidenten Ebert benennen wolle. Er bezeichnete dabei den ersten Reichspräsidenten als einen Landesverräter. Der Redner wurde zur Or-dnung gerufen, worauf eine allgemeine Erregung entstand. Die Sozialdemokraten stellten den Antrag auf Verweisung des nationalsozialistischen Abgeordneten aus dem Saal. Ohne das Ergebnis der Abstimmung abzuwarten, stürzten die Sozialdemokraten nach dem Platz des Stadtverord-neten Selzner, den sie schwer bedrängten und mißhan-delten. Ein Sozialdemokrat ergriff einen Nebenbecher und warf ihn gegen Selzner. Der Nationalsozialist zog sich dann vor seinen Gegnern nach dem Verwaltungsbüro zurüd. Der Vorsitzende ließ Polizeibeamte in den Saal rufen, um dem Geräuße ein Ende zu machen. Die Polizei-beamten brauchten jedoch nicht mehr einzugreifen, da sich inzwischen der Tumult wieder gelegt hatte.

Österreich.

× Deutsch-österreichischer Ausschuß zur Beratung der Strafrechtsreform. In der Sitzung des zur Beratung des Strafrechtentwurfes eingesetzten Sonderausschusses des Nationalrats erstattete Abgeordneter Dr. R i n t e - l e n Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die von den Vertretern des Ausschusses mit den Vertretern des Sonderausschusses des Deutschen Reichstags in Berlin gepflogen worden sind. Dem Vorschlage auf Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses wurde ein-hellig Zustimmung erteilt.

Rußland.

× Die Rote Armee erhält Stahlhelme. Der Kriegs- und Revolutionsrat soll sich entschlossen haben, Stahlhelme in der Roten Armee einzuführen. Die Truppen des Eisenbahnzuges sollen als erste den Stahlhelm erhalten. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Lanzen in der Kavale-rie zunächst beizubehalten. Der Kriegs- und Revolu-tionsrat hat sich gegen eine Verkürzung der Dienstadt in der Roten Armee ausgesprochen. Es bleibt demnach bei drei Jahren für die Genietruppen und zwei Jahren für die Infanterie.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nunmehr sind auch zwischen Deutschland und Jugoslawien die Verhandlungen so weit fortgeschritten, daß mit der Aufhebung des Visumzwanges in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Berlin. Auf dem Familiengruhof im alten Park von Glienicke fand die Beisetzung der Gebeine des Prinzen Friedrich Karl von Preußen statt, der im Krieg gefallen ist.

Trier. Der Zustand des Reichstagsabgeordneten Prälat K a a s hat sich so gebessert, daß berechnete Hoffnung auf seine Wiederherstellung besteht.

Prag. Der tschechoslowakische Mieterverein hat Schritte unternommen, um den zweiten internationalen Mieter-kongress im Jahre 1928 in Prag abhalten zu können.

Warschau. Seit zwei Tagen ist das D e v i s e a u s f u h r - v e r b o t von Polen nach dem Ausland aufgehoben worden.

London. Wie aus Newyork gemeldet wird, sind dort Nachrichten aus Mexiko eingetroffen, wonach im Staate Verac-rus zwei weitere Nebellengenerale von der Regierungstruppen gefangen genommen und hingerichtet worden sind.

Wien. Mitte dieser Woche sollen die deutschen Reichstags-abgeordneten Wulle und Gräfe und die Landtagsabgeordneten Hemming und Drexler in Wien eintreffen, um am dem vom 11. bis 13. November in Wien stattfindenden National-sozialistischen Parteitag teilzunehmen.

Rom. Der italienische Hof wird in allernächster Zeit die V e r l o b u n g des italienischen Thronfolgers mit der Prin-zeßin Marie José von Belgien und die Verlobung der italie-nischen Prinzessin Giovanna mit dem königlichen Prinzen von Ru-garen anzeigen. Die beiden Hochzeiten würden im Frühjahr in Rom stattfinden.

Kommunisten gegen die sozialdemokratischen „Brüder“.

Einem interessanten Einblick in das „intime“ Verhältnis zwischen Kommunisten und Linkssozialisten gewährt eine Preßhefte, die zwischen der „Dresdner Volkszeitung“ und der „Arbeiterstimme“ aus Anlaß des 10. Jahrestages der Sowjetregierung entbrannt ist. Das linkssozialistische Blatt hatte einen Artikel unter der Ueberschrift „In Henters Händen“ veröffentlicht, in dem u. a. ge-fordert wurde, die Sowjetregierung solle auch die Sozialrevolu-tionäre und die Menschwiken, die nach in Rußland gefangen sitzen, freilassen. Denn daß man kriminelle Verbrecher freilasse und jene nicht, sei eine Provokation der proletarischen Genossen. Darauf antwortet nun die kommunistische „Arbeiterstimme“ und wirft ihren proletarischen Weggenossen u. a. folgende Schmehleien an den Kopf: „Diese Gesellen wagen es, von prole-tarischem Gewissen zu sprechen, wagen es, die Sowjetregierung als Hente zu benennen. Sieht nicht dort Scheidemann, der die Amnestie der Faschisten forderte? Sieht nicht dort die ganze Ge-sellschaft der Führer, die immer und immer wieder die Amnestie der proletarischen Klassenkämpfer in Deutschland abgelehnt haben? Hat diese Partei nicht die Amnestie für Max Högl ab-gelehnt? Diese Gesellschaft hat kein Recht, sich auf ein proleta-rißches Gewissen zu berufen, hat kein Recht, von Hente zu reden.“ — Es geht doch nichts über die proletarische Brüderlichkeit!

Das neue Kraftfahrzeugsteuergesetz.

Berlin, 9. November. Das Reichskabinett hat heute unter Vorsitz des Reichskanzlers den Entwurf eines Kraftfahrzeug-steuergesetzes verabschiedet.

Rönnecke gibt auf?

Der Ostasienflug Rönneckes soll kurz vor dem Abbruch stehen. Die Beschädigungen, die das Flugzeug bei der Notlandung in der Nähe von Kalkutta erlitten hat, sollen so stark sein, daß das Flugzeug nicht mehr gebrauchsfähig sei. Eine Reparatur an Ort und Stelle soll wegen Mangels an Werkzeugen und Mate-rial nicht möglich sein. Außerdem sei Rönnecke selbst vom Fieber befallen und von allen Mitteln erlöblt. Die deutsche diploma-tische Vertretung in Kalkutta wird für die Heimkehr Rönneckes Sorge tragen.

Veruchtsflüge mit einem neuen deutschen Niesenfreiballon.

Friedrichshafen, 8. November. Zurzeit werden in Friedrichshafen im Auftrage der Deutschen Veruchtsanstalt für Luftfahrt Veruche mit einem speziell für Höhenflüge gebauten Niesenfreiballon von 6500 Kubikmeter Inhalt vorgenommen. Der Ballon, dem in der großen Werkhalle des Luftschiffbau Zeppelin Platz eingeräumt ist, hat bereits einen Aufstieg bis zu einer Höhe von 6000 Metern unternommen, der in erster Linie der Erprobung der eigens für diese Veruche hergestellten Kon-troll-, Meß- und Atmungsapparate galt. Nach Durchföhrung aller dieser notwendigen Vorarbeiten will man in der hierfür besonders konstruierten Ballongondel einen kleinen Motor ein-bauen und dann in sehr großen Höhen das Verhalten der Ma-schine kontrollieren, damit auf Grund dieser Feststellungen die notwendigen Erfahrungen für einen Luftverkehr, bei dem sich die Flugzeuge in weit größeren Höhenlagen als bisher halten sollen, gesammelt werden können.

Die Wahlberechtigung in der Angestelltenversicherung.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Ange-stellte hat u. a. die folgenden Bescheide getroffen: Angestellte, die nicht bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte versichert sind, sondern der Versicherung nach dem Reichsknappschaftsgesetz unterliegen, sind weder wählbar noch wahlberechtigt. — E m p-fänger von Ruhezeld aus der Angestelltenversicherung zählen weder zu den „versicherten Angestellten“ noch zu den „Versicher-ten“. Sie sind daher weder wählbar noch wählbar. — Der Umstand, daß sich ein Versicherter zur Zeit der Wahl auswärtig in Heilfürsorge befindet, schließt weder seine Wählbarkeit noch seine Wahlberechtigung aus. Er muß sich aber, um wählen zu können, von dem Wahlleiter des Stimmbezirks, in dem er wohnt, einen Wahlschein ausstellen lassen. — Wahlberechtigt auf der Arbeitnehmereite ist bei der Wahl der Veriraumsmänner jeder „versicherte Angestellte“. Es sind neben Pflichtversicherten auch freiwillige Versicherte wahlberechtigt, soweit sie noch als Ange-stellte tätig sind, nicht aber freiwillig weiterversicherte Chefver-ante, die die Beschäftigung aufgegeben haben, auch nicht Selbständige, die sich freiwillig weiterversichern.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Starkes Steigen der Mosel.

Die Mosel ist von Dienstag auf Mittwoch um rund 1,50 Meter gestiegen. Gestern nachmittag um 3 Uhr zeigte der Wasserstand 2,50 Meter. Da ein starkes Steigen der Obermosel gemeldet wird, ist bei weiter anhaltendem Regenwetter mit einem be-sonders hohen Stand der Mosel zu rechnen.

Verhaftung des Mörders Scharfe.

Berlin. Der Krißt Scharfe, der zusammen mit dem Ar-beiter Schlabbach in der Nacht zum Sonnabend in der Templiner Straße bei einer Schießerei zwei Personen getötet und zwei andere schwer verletzt hatte, ist am Montagvormittag von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Scharfe ist nach seiner Ver-haftung völlig zusammengebrochen. Mehrere Beweisstücke deuten darauf hin, daß er in eine Reihe weiterer Straftaten verwickelt ist. Insbesondere wird geprüft, ob er den Ueberfall in der Nacht zum Sonntag auf den Kraftfahrzeugführer Hartmann bei Staaken verübt hat, bei dem der Führer schwer verletzt wurde. Scharfe ist als Einbrecher und Taschendieb der Polizei bereits bekannt.

Ein Donaudampfer gesunken.

Budapest. Am Sonntagvormittag ist in dichtem Nebel zwischen Pancsova und Belgrad ein Donaudampfer auf ein ge-zunkenes Wrack aufgelaufen und led geworden. Der Passagiere des Dampfers, der rasch voll lief, bemächtigte sich eine Bark. In der Nähe liegende Motorboote brachten sämtliche Passagiere und die Besatzung ans Ufer.

Bandenüberfall an der polnisch-russischen Grenze.

Warschau. An der polnisch-russischen Grenze überfiel eine 20köpfige russische Bande drei Geschäfte, ermordeten neun ihrer Bewohner und verletzten 17 andere durch Revolvergeschüsse und Messerstiche. Erst nach einem lebhaften Feuergefecht gelang es einer polnischen Grenzwaiche, die Bande über die Grenze zurückzutreiben.

Blutiger Ausgang eines Streites zwischen Soldaten.

Eger. Zwischen drei Soldaten des 5. Grenzjägerregimentes entstand am Sonntag früh auf der Franzensbader Straße ein Streit über die Zeit ihrer bevorstehenden Abrüstung. Im Laufe der Auseinandersetzung zog der Soldat Anton Mikra plötzlich ein Messer und stieß es seinem Kameraden Jaroslav Hajek knapp über dem Herzen in den Leib. Der Verwundete wurde ins Krankenhaus gebracht und ringt dort mit dem Tode.

Ein Scheintoter im Sarge erstirt.

Paris. Als Freitagvormittag auf dem Friedhof von Cha-prais eine Beisetzung stattfand, hörten die Totengräber plötzlich aus dem Innern des Sarges heraus ein heftiges Klopfen. In ihrer Bestürzung eilten die Totengräber zu dem Friedhofswärter, der seinerseits einen Polizeikommissar und einen Arzt herbeirief. Erst nach langer Zeit trafen beide ein, und der Arzt konnte nach Öffnen des Sarges nur feststellen, daß der Tote wirklich tot war, jedoch erst im Sarge erstirt zu sein scheint.

Die Besoldungsvorlage im Haushaltsausschuß.

Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat in die Einzelberatung der Besoldungsvorlage ein. Nach längerer Aussprache wurde unter Ablehnung aller Urträge der grund-legenden § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt.

Das Los der Südtiroler Deutschen.

Innsbruck. Im Tiroler Landtag erklärte der Landes-hauptmann: In den letzten Wochen ist ein s ä r e r e r D r u d auf die Südtiroler Deutschen festzustellen. Der heutige Zustand in Südtirol läßt kaum mehr einen Vergleich mit der Lage irgendeiner anderen europäischen Minderheit zu. Zwischen diesen Vorgängen, die heute ein angebliches Interesse Italiens an seiner Nordgrenze verwirklichen sollen, und einer vernünftigen Vorstellung von der gemeinsamen Zukunft benachbarter Staatswesen ist kaum eine Brücke zu finden, aber immer zahl-reicher werden die Anzeichen, daß die politisch einflüchtreichen Kreise Europas eine gesunde Entwicklung dieses Erdteiles nicht mehr vom Ausbau kriegerischer Machtmittel, sondern von der Festigung des geistigen Ausbaues erwarten. Was an unseren Brüdern in Südtirol achtsicht, ist eine überlebte